

Resolution

Wir, die unterzeichnenden Unternehmer aus dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, fordern von der bayerischen Staatsregierung einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik. Unabhängig von der Frage des Asylrechts und den damit verbundenen gesetzlichen Regelungen erwarten wir im Interesse der heimischen Wirtschaft die schnellstmögliche Einführung einer Stichtagsregelung für Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die mittel- oder unmittelbar von der Abschiebung bedroht sind.

Wir stimmen mit den Bedingungen, die bislang aus Teilen der Landesregierung zu vernehmen waren, überein:

Um einen abgelehnten Asylbewerber in den Genuss dieser Stichtagsregelung kommen zu lassen, muss dieser bestimmte Voraussetzungen erfüllen: Es müssen passable bis gute Deutschkenntnisse ebenso wie das nachweisliche Bemühen um Integration vorhanden sein. Der oder die Betreffende darf sich in Deutschland keines kriminellen Deliktes schuldig gemacht haben, wobei wir die mit der komplizierten Praxis des Ausländerrechts zusammenhängenden Vergehen oder Versäumnisse hier ausdrücklich ausklammern. Der oder die Betreffende sollte darüber hinaus entweder einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz vorweisen können oder zumindest die feste Zusicherung eines Arbeitgebers, einen solchen zeitnah zu erhalten. Damit verbunden wäre dann auch die Gewissheit, dass der oder die Betreffende für sich selbst sorgen kann, keine Sozialleistungen des deutschen Staates benötigt und mit seinem Einkommen sowohl sein eigenes privates Umfeld (Wohnung) finanziert, als auch in die Sozialkassen der Bundesrepublik einzahlt.

Uns, den Unterzeichnenden, geht es dabei neben den humanitären Aspekten, die selbstverständlich in allen Bereichen der sozialen Interaktion eine Rolle spielen müssen, vor allem um einen Themenkomplex: Den eklatanten Arbeitskräftemangel in unserem Landkreis. Die Arbeitslosenquote bewegt sich im Kreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim mittlerweile seit fast zwei Jahren konstant zwischen 1,7 und 2,2 Prozent und liegt damit faktisch im Bereich der Vollbeschäftigung. Andererseits sind die Auftragsbücher unserer Unternehmen vielerorts prall gefüllt, so dass in vielen Bereichen von Handel, Handwerk und Industrie Arbeits- und Ausbildungsplätze zu besetzen sind. Dies allerdings wird immer schwieriger und damit für viele Unternehmen zu einem existenziellen Problem: National und international agierende Firmen des Landkreises mussten und müssen Aufträge ablehnen oder gar zurückgeben, weil sie zwar über das Know how und auch die entsprechende Reputation verfügen, nicht aber in der Lage waren/sind, die notwendige Anzahl Beschäftigter zu akquirieren. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um Aushängeschilder des Landkreises und es kann nicht im Interesse der Politik sein, derartige Firmen zur Abwanderung oder zur Verlagerung in Ballungszentren zu zwingen.

Flüchtlinge aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern haben Deutschland als weltoffenes und wohlhabendes Land als ihre neue Heimat auserkoren. Diese Menschen sind seit längerem hier und wollen hierbleiben. Wir brauchen sie dringend und sollten zu einer pragmatischen Politik im Sinne der deutschen und der regionalen Wirtschaft gelangen können. Die angesprochenen Flüchtlinge sind in den allermeisten Fällen gewillt, sich zu integrieren, wollen arbeiten, sich den Regeln des deutschen Staates anpassen, hier eine neue Heimat finden. Es scheint uns wesentlich sinnvoller zu sein, diese Menschen in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren, anstatt für sündteures Geld und für begrenzte Zeiträume Arbeiter aus Serbien,

Polen, Bulgarien oder anderen Ländern der EU zu anzuwerben, für die knapper Wohnraum anmietet werden muss, horrenden Vermittlungsgebühren bezahlen und nach jedem Heimaturlaub inständig darauf hoffen müssen, dass sie wieder zu uns zurückkommen. Hinzu kommt, dass diejenigen, denen die Arbeitserlaubnis verweigert oder entzogen wird, vom deutschen Staat und damit dem Steuerzahler zumindest für einen bestimmten Zeitraum finanziert werden müssen, was wiederum die Frage der Sinnhaftigkeit aufwirft, wenn sie doch selbst arbeiten sowie zum Bruttosozialprodukt und zur Sicherung der Renten beitragen könnten und wollen. Schwerwiegend kommt aus unserer Sicht hinzu, dass viele Unternehmer sich in den Jahren 2015 und 2016 von der Politik und den hiesigen Behörden nachgerade haben drängen lassen, Flüchtlingen im Sinne der schnellstmöglichen Integration eine Chance zu geben. Jenen Arbeitgebern, die diesen eindringlichen Bitten gefolgt sind, fehlt es heute am fairen Umgang und nachvollziehbaren Begründungen dafür, dass sie für ihren guten Willen, der häufig in die Einstellung von Asylbewerbern mündete, nachgerade abgestraft werden.

Der Dietersheimer Gemeinderat hat jüngst eine Erklärung veröffentlicht, wonach es „dahin gestellt bleiben möge“, ob die Neuausrichtung der Politik als „Spurwechsel“ oder anders bezeichnet werde. Notwendig und sinnvoll sei eine Kursänderung unter allen Gesichtspunkten. Dieser Aussage stimmen wir als Repräsentanten der regionalen Wirtschaft zu. Mit tiefer Sorge erfüllt uns die Tatsache, dass wir nach ermutigenden Berichten im vergangenen Monat mittlerweile so gut wie nichts mehr aus München hören, dass uns an eine baldige Kursänderung glauben lässt. Das neue Ausbildungsjahr hat bereits begonnen – Gastronomen, Hoteliers, Bäcker, Metzger, Metallbauer, Malerbetriebe, Heizungsbauer, Kfz-Werkstätten und viele andere Handwerker, Pflegeheime, Krankenhäuser und Logistik-Unternehmen, Elektriker und Industriebetriebe: Sie alle stünden bereit, den Motor der hiesigen Konjunktur am Laufen zu halten. Der Wille wäre da, das Personal leider nicht.

In diesem Sinne appellieren wir an die Abgeordneten der Region, an die Verantwortlichen der Staatsregierung, an den bayerischen Wirtschafts- und an den Innenminister, noch vor den Landtagswahlen im Oktober Lösungen zu erarbeiten, die gangbare Wege aus dem Dilemma der hiesigen Wirtschaft weisen.